

## Die Zukunftsfähigkeit der Demokratie – Neue politische Beteiligungsformen in der Diskussion

*Bettina Lösch*



Wie zukunftsfähig ist die Demokratie? Diese Frage bewegt gegenwärtig die kritische Öffentlichkeit. Dabei beobachten wir gegenläufige Entwicklungen: Wir sind derzeit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zahlreicher sozialer Kämpfe für Demokratie und für die Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Menschen kämpfen in vielen Teilen der Welt, etwa im arabischen Raum, für die Etablierung von Demokratien. Unter Einsatz ihres eigenen Lebens bringen sie autoritäre, diktatorische Regime und Herrscher zu Fall. Gleichzeitig diskutieren wir hierzulande – wie auch in anderen Ländern mit etablierten demokratischen Strukturen – die allmähliche Auszehrung und Aushöhlung der repräsentativen Demokratie. Die Menschen und Jugendlichen der *Puerta del Sol* in Madrid forderten in diesem Sinne eine „Echte Demokratie Jetzt!“ („*Democracia real Ya!*“). Initiativen von Bürger(inne)n wie bspw. gegen das Großprojekt „Stuttgart 21“ haben hierzulande die Frage nach direkter Demokratie und politischer Beteiligung wieder neu belebt. Auch die in Folge der atomaren Katastrophe von Fukushima wiedererstarke Anti-Atomkraft-Bewegung verdeutlicht die gegenwärtigen Herausforderungen von Demokratie und demokratischer Beteiligung. Es geht um die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit bei der Beratung gesellschaftlich relevanter Zukunftsfragen und damit auch um eine Rückgewinnung des Politischen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das demokratische Gefüge augenfällig gewandelt. Für die demokratischen Strukturen und Prozedere war lange Zeit der Nationalstaat der Referenzrahmen. Die ökonomische Globalisierung und die teilweise Übertragung nationalstaatlicher Souveränität an supranationale Gebilde wie die Europäische Union transformieren die strukturellen Bedingungen von Demokratie. Zum einen verändern sich die Orte politischer Beratung und Entscheidungsfindung. Politik findet im Rahmen eines (europäischen) Mehrebenensystems statt und wird dabei mehr und mehr in nicht-öffentliche Kommissionen und Arenen verlagert. Die daraus resultierende Intransparenz im Hinblick darauf, wer wo welche politischen Entscheidungen trifft, büßt demokratische Öffentlichkeit ein und erschwert die politische Partizipation von Bür-

Dr. Bettina Lösch ist Privatdozentin und akademische Rätin des Lehr- und Forschungsbereichs Politikwissenschaft des Instituts für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind: Kritische politische Bildung; Demokratietheorie; Globalisierungsprozesse.

ger(inne)n. Zum anderen beschleunigen sich Prozesse der politischen Entscheidungsfindung. Der Zeitdruck wird höher, während gleichzeitig politische Sachverhalte komplizierter werden. So sind oft schnelle Entscheidungen gefragt, aber die Konsequenzen sind kaum abzuschätzen.

Demokratie ist ein Prozess, in dem es stets Kämpfe und Konflikte um Demokratisierung und Entdemokratisierung gibt. Die aktuelle globale Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt und offenbart die Krisenhaftigkeit der Demokratie. Der Verlust an Einfluss und Legitimation klassischer demokratischer Organe wie den Parlamenten wird allerdings von einer neuen Praxis bürgerschaftlicher Beteiligung begleitet. Diese neuen bürgerschaftlichen Beteiligungsformen können Demokratisierung bewirken, aber ebenso als Beiwerke der „Postdemokratie“ (Crouch 2008) strategisch eingesetzt werden. Dieser Ambivalenz möchte ich in den folgenden Ausführungen nachgehen.

## Diagnosen zum Zustand der Demokratie

Kommen wir zunächst zu der Frage: Welche Einschätzungen, welche Diagnosen zur Demokratie liegen uns derzeit vor? Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung in den 1990er-Jahren wurde zunächst der Triumph der liberalen Demokratien westlichen Typs proklamiert. Man sah die repräsentative Demokratie mit ihrer marktwirtschaftlichen Fundierung auf dem globalen Vormarsch. Tatsächlich wuchs weltweit die Zahl der *formalen* Demokratien. Der quantitative Zuwachs lag allerdings darin bedingt, dass auch solche Staaten und autoritäre Regime als Demokratien bezeichnet wurden – oder sich als solche selbst bezeichneten –, die formal Wahlen zuließen, aber andere zentrale Grund- und Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit u.ä. missachteten. Die quantitative Ausweitung *formaler* Demokratien, in denen die Beteiligungsrechte der Bürger/innen eingeschränkt sind, lässt also noch keine Rückschlüsse über die qualitative Zunahme globaler demokratischer Verhältnisse zu. Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurden die Triumphgesänge dann leiser und Ernüchterung machte sich breit. Nunmehr war von einer globalen Transformation von Nationalstaatlichkeit und Demokratie die Rede. Die klassischen demokratischen, im nationalstaatlichen Rahmen entstandenen und eingebetteten Organe wie die Parlamente verloren durch das Auftreten neuer politischer Akteure und Institutionen an Einfluss und Entscheidungsmacht.

In den Feuilletons kursiert gegenwärtig die These der „Postdemokratie“ des britischen Politikwissenschaftlers und Soziologen Colin Crouch (vgl. Crouch 2008). Postdemokratie ist der „Ausdruck eines diffus empfundenen Epochenumbruchs“ (Jörke 2011: 13). Der Begriff beschreibt nicht das Ende der Demokratie. Es handelt sich vielmehr um eine historische Phase, in der sich die Idee der Demokratie sowie ihre zentralen Institutionen, Prozedere und Praktiken im Zeitalter globaler Transformationen und supranationaler Mehrebenensysteme erschöpft haben oder gänzlich unterhöhlt werden. Unter Postdemokratie versteht Crouch einen Zustand der Demokratie, in dem formale demokratische Strukturen (Wahlen, Gewaltenteilung, Parlamente, Parteienkonkurrenz etc.) zwar noch

existieren und scheinbar intakt sind. Politische Entscheidungen werden aber mehr und mehr in den Arkanbereich, in informelle Zirkel und Netzwerke, verlagert und somit der politischen Öffentlichkeit und der Partizipation der Bürger/innen entzogen. Das politische Feld der Postdemokratie wird bestellt von privatwirtschaftlichen Akteuren, von Experten, Lobbyisten, PR-Agenturen und Wahlkampfmanagern. Politik wird zum medialen Spektakel („Politainment“) und die demokratische Beteiligung von Bürger(inne)n kann leicht als Teil der Inszenierung vereinnahmt werden. Crouch geht in seiner Analyse von einer politischen Apathie der Bürger/innen und einer Distanzierung gegenüber den etablierten politischen Strukturen und Repräsentanten aus.

Politikverdrossenheit ist heutzutage quasi der Alltagsbegriff für das, was wissenschaftlich als Krise der Repräsentation diskutiert wird: Das Vertrauen in politische Repräsentanten sowie politische Großorganisationen und Verbände schwindet; die Entfremdung zwischen Wähler(inne)n und Gewählten wird größer; die politische Problemlösungsfähigkeit der politischen Repräsentanten wird angezweifelt. Tradierte, vor allem konventionelle demokratische Verfahren und Gewissheiten werden in Frage gestellt, das zeigt sich an der rückläufigen Wahlbeteiligung sowie am Mitgliederschwund von Parteien und anderen Großorganisationen.

Gegen die These der generellen Politikverdrossenheit sprechen allerdings die vielfältigen Praktiken neuer politischer und bürgerschaftlicher Beteiligung. Die Empörung über mögliche gesellschaftliche Fehlentwicklungen, über mangelnde Zukunftsperspektiven führt nicht nur zu Apathie und Stammtischparolen, wie lange Zeit vermutet wurde. Sie erzeugt bei vielen Menschen auch eine Stimmung, politische Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen zu wollen. Die Bürger/innen wollen politische Prozesse mitbestimmen, Alternativen diskutieren und umsetzen. Sie bevorzugen und erproben dahingehend unkonventionelle politische Beteiligungsformen. Diese sind häufig projektorientiert, zeitlich begrenzt und ermöglichen die Arbeit in kleinen Gruppen und Zusammenhängen und gewährleisten damit (mehr) Transparenz. In der Regel spielen sich diese neuen Beteiligungsformen auf kommunalpolitischer Ebene ab.

Bieten also die neuen bürgerschaftlichen Beteiligungsformen eine Chance der Demokratisierung, der Wiederaneignung und Rückgewinnung des Politischen der Bürger/innen in Zeiten globalisierter Politik?

## Unterschiedliche Formen politischer Partizipation

Innerhalb der demokratiethoretischen Diskussion wird die normative Forderung nach einer erweiterten, starken Demokratie und nach mehr Partizipationsmöglichkeiten für Bürger/innen schon seit einiger Zeit diskutiert. Bereits in den 1970er-Jahren prägte die feministische Politiktheoretikerin Carol Pateman den Begriff der „*participatory democracy*“ (Pateman 1976). In den 1980er-Jahren legte Benjamin Barber den Entwurf einer „*strong democracy*“ vor (Barber 1984), die über eine formale beschränkte Demokratie hinausweisen sollte. Angeregt durch die Zivilgesellschaftsdebatte und die bürgerrechtlich dominierte

Diskussion seiner US-amerikanischen Kolleg(inn)en um *deliberative politics* entfaltete der deutsche Sozialphilosoph Jürgen Habermas in den 1990er-Jahren seine demokratietheoretische Konzeption einer „deliberativen Demokratie“ (Habermas 1992). Das lateinische Wort *deliberare* steht für beraten, abwägen, beratschlagen. In seiner normativen Theorie deliberativer Demokratie bezieht sich Habermas auf die neuen politischen Beteiligungsformen und „spontanen Öffentlichkeiten“ der Zivilgesellschaft. Sein Ansinnen ist, ihnen einen Platz im repräsentativ-parlamentarischen System zuzuweisen. Die vielfältigen neuen Beteiligungsformen und diskursive Verfahren wie Runde Tische, Bürger/innen-Jurys, Mediationsverfahren, Planungszellen etc. bilden für Habermas die nicht oder nur schwach institutionalisierte politische Öffentlichkeit des vorparlamentarischen Raums. Er gesteht ihnen eine Mitsprache- und Kommunikationsfunktion zu, jedoch keine Entscheidungsmacht. Die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit soll problemlösende Diskurse von allgemeinem Interesse institutionalisieren und diese Diskurse dann gefiltert an die zweite Öffentlichkeit, die rechtsstaatlich verfasste regulierte Öffentlichkeit weiterleiten (zur kritischen Auseinandersetzung siehe Lösch 2005).

Neben diesen normativen Partizipationsbegriffen innerhalb der Demokratietheorie unterscheidet man politikwissenschaftlich zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation sowie zwischen formaler und freiwilliger Partizipation. Konventionelle Partizipation umfasst klassische Beteiligungsformen wie Wahlen, die Mitwirkung in Parteien oder die Übernahme von politischen Ämtern. Unter die Kategorie unkonventioneller Partizipation fallen zum einen bekannte politische Beteiligungs- oder Protestformen wie Demonstrationen, Bürgerinitiativen, aber auch neue diskursive Verfahren wie die von Habermas fokussierten Runden Tische, Mediationsverfahren, Deliberationsforen, Bürger/innen-Jurys etc.

Die Beteiligung und Anhörung von Bürger(inne)n bei kommunalen Bauvorhaben wird bspw. als formale Partizipation verstanden. Bürger/innen haben ein Anhörungs- und Mitspracherecht in so genannten Planfeststellungsverfahren. Die formale Partizipation bezieht sich in der Regel auf das Verhältnis von Bürger(inne)n und Behörden – insofern ist diese Partizipation, so könnte man sagen, oftmals eher bürokratischer, technokratischer und weniger demokratischer Art. Deliberativ, d.h. auf diskursive Beratung setzend, sind dagegen meist die Formen freiwilliger Partizipation. Der *Lokale Agenda 21* Prozess, wie er von den Vereinten Nationen für eine Umsetzung nachhaltiger Entwicklung initiiert wurde, bietet hierfür ein Beispiel.

Politische Partizipation hat zwei Seiten: In erster Linie versteht man darunter die *Teilnahme* an Politik und demokratischen Prozessen. Demokratische Teilnahme hängt jedoch mit den Möglichkeiten *sozialer Teilhabe* zusammen. Dieser Zusammenhang von demokratischer Teilnahme und sozialer Teilhabe bleibt in der Demokratietheorie häufig unterbelichtet. Die politischen Partizipationschancen sind angesichts gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse nicht für alle gleich. Das bedeutet, dass die neuen Partizipationsformen auch dahingehend analysiert werden müssten, welche sozialen Milieus sie aufgreifen. Bislang geht man davon aus, dass die neuen Formen demokratischer Beteiligung eher von einer gut ausgebildeten Mittelschicht praktiziert werden, die sich dazu be-

rechtigt fühlt und materiell dazu im Stande ist. Das Dilemma von demokratischer Teilnahme und sozialer Teilhabe zeigte sich insbesondere bei der Volksabstimmung zur Hamburger Schulreform im Jahr 2010. Dieser Abstimmung ist ein Großteil der eigentlichen Zielgruppe fern geblieben. Migrant(inn)en ohne Staatsbürgerstatus durften gar nicht erst teilnehmen. An der Volksabstimmung beteiligten sich vor allem Bürger/innen der privilegierten Mittelschicht, die sich gegen das gemeinsame Lernen ihrer Kinder mit Kindern aus anderen sozialen Milieus an einer sechsjährigen Primarschule aussprachen, und damit für eine frühe soziale Selektion im Bildungsbereich votierten.

## Aktuelle Proteste und Konflikte um politische Beteiligung

Mit der Frage, wer sich beteiligt, stellt sich die Frage, woran sich derzeit bürgerschaftliche Proteste entzünden, die neue demokratische Beteiligungsformen hervorbringen? Bürgerschaftliche Proteste entzünden sich u.a. am uneingelösten Versprechen der Demokratie und sind gar nicht so neu. In Zeiten der Mediengesellschaft ist es aber eine Frage der medialen Öffentlichkeit, wann etwas als neu wahrgenommen wird. Proteste gegen Großprojekte und Großtechnologien gibt es in der bundesrepublikanischen Landschaft bereits seit mehreren Jahrzehnten. Das dokumentiert etwa der lange Kampf der Anti-Atomkraft-Bewegung. Auch der Ausbau des Frankfurter Flughafens als Großprojekt, um ein weiteres Beispiel zu nennen, hat jahrzehntelang lautstarke gesellschaftliche Proteste und Konflikte entfacht. In den Protesten gegen Atomtechnologie und den Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West und den Ausbau des Flughafens wurden in den 1980er-Jahren bereits unkonventionelle politische Beteiligungsformen praktiziert. Beachtenswert sind in den letzten Jahren allerdings die Aufwertung und der strategische Einsatz deliberativer, diskursiver Verfahren. So wurde in der zweiten großen Protestphase um den Frankfurter Flughafenausbau im Jahr 1998 das Mediationsverfahren eingeführt.

Zu beobachten ist zweierlei: Aufgrund der Skepsis gegenüber konventionellen Partizipationsformen und einem Vertrauensverlust gegenüber den politischen Repräsentant(inn)en fordern Bürger/innen mehr Beteiligung und direkte Demokratie. Sie organisieren sich selbst, diskutieren über politische Alternativen und erproben unkonventionelle Beteiligungsformen. Gleichzeitig werden diskursive Verfahren immer häufiger zur Lösung oder zur Befriedung von gesellschaftlichen und politischen Konflikten eingesetzt. Während der Frankfurter Flughafenkonflikt durch Mediation beigelegt werden sollte, setzte man in Stuttgart auf ein „Schlichtungsverfahren“. Die Konflikte um „Stuttgart 21“ wurden medial inszeniert und erhöhten die öffentliche Wahrnehmung hinsichtlich demokratischer Konflikte und Verfahrensformen.

Wie eingangs erwähnt, zeigen sich die neuen Beteiligungsformen dahingehend als ambivalent. Sie können als Prozesse von ‚unten‘ – von Seiten der Bürger/innen – Demokratisierung bewirken, sie können aber als Beiwerke der Postdemokratie auch der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung von Politik dienen. Ich möchte diese zwei Seiten bürgerschaftlicher Beteiligung am Beispiel von

„Stuttgart 21“ skizzenhaft veranschaulichen: Die Recherche des Journalisten Andreas Zielke in der *Süddeutschen Zeitung* vom 19. Oktober 2010 (SZ Nr. 242: 13) hat offen gelegt, dass im Falle von „Stuttgart 21“ den Bürger(inne)n konventionelle Beteiligungsformen kaum zur Verfügung standen. Durch die Rahmenvereinbarungen der Projektbeteiligten im November 1995 wurden diese vertraglich gebunden. Die Zeit bis zu den anstehenden Kommunalwahlen war zu knapp, als dass ein Votum der Bürger/innen durch Wahlen hätte erfolgen können. Die Bürger/innen hatten weder auf kommunal- noch auf Länderebene die Möglichkeiten, durch konventionelle Beteiligungsformen wie Wahlen über das Zukunftsprojekt mitzubestimmen. Durch die formale Beteiligung über das Planfeststellungsverfahren konnten sie zwar mehr als 10.000 Einwände einbringen. Diese hatten aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie lediglich kleinere Korrekturen und Detailbeschwerden formulierten. Die Würfel waren bereits im November 1995 gefallen – oder um im Bild zu bleiben: hinsichtlich der konventionellen und formalen Beteiligung war der Zug bereits abgefahren.

Die Projektgegner unter den Bürger(inne)n griffen folglich auf unkonventionelle Beteiligungsformen zurück. Bürgerinitiativen wurden gegründet und neue politische Beteiligungsformen erprobt. Als der Konflikt eskalierte, bedienten sich die Projektbefürworter wiederum zur Befriedung des Konflikts des diskursiven Verfahrens der Schlichtung und vertrauten auf die politische Autorität und die mediale Geschicklichkeit des Schlichters Heiner Geißler. Die als „Schlichtung“ bezeichnete Zusammenkunft von Projektgegnern wie Projektbefürwortern gewährleistete zwar die mediale Aufmerksamkeit und verdeutlichte die kontroversen Positionen, konnte aber den Konflikt nicht lösen. Der Schlichterspruch hatte keine nachhaltige oder gar bindende Wirkung. Das bereits durch die Verträge gesetzte Recht wurde nicht in Frage gestellt.

Die Landtagswahlen 2011 zogen jedoch einen politischen Wechsel der regierenden Parteien in Baden-Württemberg nach sich. Mittels der konventionellen Beteiligungsform der Wahlen wurde im März 2011 nach 58 Jahren die CDU als Regierungsmacht abgewählt und die erste Grün-Rote Regierung in Deutschland ins Amt gehoben. Die Wahlergebnisse hingen u.a. mit dem Wahlkampfversprechen der Grünen zusammen, direkt-demokratische Beteiligungsformen bei der Entscheidung über das zukünftige Großprojekt zuzulassen. Die Grün-Rote Regierung einigte sich schließlich nach der Wahl auf die Möglichkeit einer Volksabstimmung, die am 27. November 2011 stattfand. 58,8 Prozent der Bürger/innen stimmten gegen den Ausstieg des Landes aus dem Großprojekt. Während der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann daraufhin rasch per Presseerklärung verkündete, das Votum zu akzeptieren, gingen die Proteste der Bürger/innen weiter.

## Demokratiethoretische Kriterien für deliberative Beteiligungsverfahren

Wie „Stuttgart 21“ zeigt, sind bürgerschaftliche und direkte Beteiligungsformen kein Allheilmittel für gesellschaftliche Konflikte und kein Garant für Demokra-

tisierung. Es kann erst anhand demokratiethoretischer Kriterien beurteilt werden, ob sie den Trend einer Postdemokratie verstärken oder ob sie zur Ausweitung politischer Teilhabe führen. Einige Kriterien sollen hier angeführt werden. Ein wichtiges Kriterium ist zunächst die Ergebnisoffenheit von Verfahren. Sowohl im Mediationsverfahren beim Ausbau des Frankfurter Flughafens als auch im Falle der Schlichtung von „Stuttgart 21“ wurde dieser Mangel kritisiert. Durch bindende Verträge der Projektbeteiligten, die vermutlich auch das Ergebnis einflussreicher ökonomischer Interessen waren, wurde in beiden Fällen das Kriterium nicht erfüllt. Damit Beteiligungsverfahren ergebnisoffen sind und nicht der Legitimationsbeschaffung bereits getroffener Entscheidungen dienen, müssen gewisse prozedurale und materielle Bedingungen erfüllt sein. Eine wichtige und unabdingbare Voraussetzung ist die Chancengleichheit der Beteiligten, das bedeutet u.a. gleiche finanzielle Ressourcen, gleicher Zugang zu Medien, keine symbolische Diskriminierung (z.B. Experten/Laienstatus). Die Stuttgarter Schlichtung war von Anfang an asymmetrisch angelegt und keine Begegnung auf Augenhöhe, wie der symbolhafte Runde Tisch suggerierte.

Fraglich ist überdies, inwiefern die Bezeichnung „Schlichtung“ zutreffend ist. Im Prozedere einer Schlichtung, das wir in erster Linie aus Arbeitskämpfen und in Tarifkonflikten kennen, wird am Ende des Verfahrens Recht gesetzt, das für beide Parteien verbindlich gilt. In Stuttgart wurde jedoch durch die Rahmenvereinbarungen von 1995 schon vorher Recht gesetzt. Die Gegner von „Stuttgart 21“ bezeichneten das Prozedere deshalb als „Faktencheck“. Dieser Faktencheck führte zwar nicht zu einem gerechten Kompromiss und zu einer Schlichtung des Konflikts, hatte aber einen demokratischen und deliberativen Mehrwert: Er verdeutlichte die realisierbaren Alternativen, die politisch und parlamentarisch nicht diskutiert wurden.

Diskursive politische Beteiligungsverfahren machen vor allem dann Sinn, wenn sie am Beginn des politischen Prozesses stehen und die Bürger/innen frühzeitig in die politische Beratung und Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bürger/innen sollten Initiativrechte haben, um Themen auf die politische Agenda setzen zu können, verbunden mit der Festlegung, dass die Entscheidungen bindend sind und keine Scheinpartizipation darstellen. Grundlegend für mehr politische Partizipation ist, dass den Entscheidungen der Bürger/innen politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse vorgelagert sind und die Bürger/innen-Beteiligung nicht auf schnelle Ja/Nein-Stellungnahmen reduziert wird.

Im Vorfeld der Volksabstimmung in Baden-Württemberg wurde, ähnlich wie auch andernorts, zudem das hohe Quorum kritisiert, das die Landesverfassung vorsieht. 33 Prozent der Wahlberechtigten hätten bei der Volksabstimmung mit Nein stimmen müssen, damit das Großprojekt vom Land nicht finanziert und damit nicht umgesetzt wird. Die hohen Quoren behindern in der Regel, dass sich alternative Positionen durchsetzen können. Selbst wenn die Projektgegner die Mehrheit der Stimmen erhalten hätten, wäre das Quorum entscheidend gewesen.

Damit direkte und diskursive Beteiligungsformen keine politische Spielweise der „Modernisierungsgewinner“ sind (vgl. Jörke 2011: 16), muss ganz grundlegend die soziale Teilhabe als Voraussetzung demokratischer Teilnahme ge-

stärkt werden. Zur Einlösung des Versprechens der Demokratie gehört die materielle Angleichung von Lebensverhältnissen ebenso wie die Überwindung sozialer Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse im politischen Feld. Auch hier müssten Bedingungen geschaffen werden, dass sich in direkten Beteiligungsverfahren nicht die ressourcenstärksten und symbolisch mächtigsten Interessen durchsetzen können. In Anbetracht wachsender gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse wird das Gleichheitsversprechen demokratischer Partizipation zu Recht unglaubwürdig und Politik immer weniger als eine öffentliche und gemeinsame Sache verstanden. Aus demokratietheoretischer Sicht sind deshalb die benannten Widersprüche neuer Partizipationsformen zu reflektieren. Von „echter Demokratie“, wie sie die Jugendlichen in Spanien explizit einklagen oder die Bürger/innen in Stuttgart in ihren Protesten ansprechen, kann erst dann die Rede sein, wenn soziale Teilhabe und demokratische Teilnahme miteinander einhergehen.

## Literatur

- Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age*, Berkeley: California University Press.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt/Main.
- Jörke, Dirk (2011): *Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2/2011, 3. Januar 2011, S. 13-18.
- Lösch, Bettina (2005): *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, Münster.
- Pateman, Carol (1976): *Participation and Democratic Theory*, Cambridge University Press.